

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistellungsanstalt monatlich 80 Mk., Einzelverkaufspreis 4,00 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stk., 225 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Lübecker Volksbote

Nummer 206.

Montag, 4. September 1922.

29. Jahrgang.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

SPD. Berlin, 3. September.

Die Reichsregierung ist sich dahin schlüssig geworden, vorläufig gegenüber der Entscheidung der Reparationskommission eine abwartende Haltung anzunehmen. Man will zunächst die belgischen Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix und Bemelmans, in den am Mittwoch in Berlin beginnenden Verhandlungen zu Worte kommen lassen und ihre Garantieforderungen hören.

Die Haltung der Reichsregierung ist durch die gegenwärtige Lage gerechtfertigt. Frankreich hat zweifellos durch die Entscheidung der Reparationskommission eine Niederlage erlitten und sucht jetzt diesen Schmerz dadurch auszumerzen, daß es sich von vornherein eifrig bemüht, die Verständigungsmöglichkeiten zwischen Belgien und Deutschland zu sabotieren. Die von französischer Seite immer wieder mit Nachdruck erhobene Forderung der Sinterlegung von Gold als Garantieleistung für die von Deutschland an Belgien auszuhandelnden Schatzwechsel, noch bevor sich überhaupt die belgische Regierung über die zu verlangenden Garantien geäußert hat, kennzeichnet klar die Lage.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Vertreter Belgiens sich ebenso der Einsicht für wirtschaftliche Notwendigkeiten verschließen, wie es bisher in den maßgebenden Kreisen Frankreichs leider der Fall war. Die Reichsregierung geht mit dem besten Willen zur Verständigung an die Verhandlungen, und sie ist sich klar darüber, daß Garantien geleistet werden müssen. Aber sie vertritt die Auffassung, daß nur solche Garantien geleistet werden dürfen, die keine weitere Erschütterung unserer inneren Verhältnisse mit sich bringen. Deutschlands Lage ist bitter. Unsere Mark hat fast den Nullpunkt erreicht, und man muß sich von vornherein darüber klar sein, daß durch weitere Goldgarantien unsere Währung vollends vernichtet würde. Es gibt andere wirtschaftspolitische und handelspolitische Garantien, die weniger

erschütternd auf die Verhältnisse Deutschlands wirken als die Depontierung unserer letzten Goldreserven und die zu geben die Reichsregierung jederzeit gern bereit ist.

Auf die Unterhändler der belgischen Regierung lastet eine große Verantwortung. Sind sie sich der Schwere der innerpolitischen Lage Deutschlands bewußt und erkennen sie, welche Verantwortung sie gegenüber Europa tragen, dann müssen sie mit Deutschland einen Verständigungsweg suchen, der uns die letzten Lebensnotwendigkeiten läßt, andererseits aber auch Belgien in einem Maße gerecht werden soll, wie es seinen gegenwärtigen Bedürfnissen entspricht.

Die belgische Auffassung.

Nach einer Meldung der Agence Belge wird die von der Reparationskommission einstimmig getroffene Entscheidung in Belgien im allgemeinen mit deutlicher Genugtuung begrüßt. Es wird betont, daß alle Vorsichtsmassnahmen getroffen seien. Die belgische Regierung werde mit Unterstützung der Alliierten alle gewünschten Massnahmen treffen, um sich effektive Zahlungen zu sichern. Es verleiht, daß der Ministerpräsident Theunis schon Delacroix, Bemelmans und den Bankier, die zusammen nach Berlin reisen werden, angewiesen habe, in Ermangelung von Golddepots gute Bürgschaften anzunehmen, die eine leichte Distorsion der deutschen Schatzscheine ermöglichen.

Das Finanzministerium ist beauftragt worden, bis Montag ein Exposé fertigzustellen, das die Grundlage für die Verhandlungen Delacroix mit dem Kabinett Wirth bilden soll. Nach den Informationen der Presse ist die belgische Regierung entschlossen, dem deutschen Standpunkte bis zur äußersten Grenze entgegenzukommen und die Verhandlungen nicht dadurch zu erschweren, daß Bedingungen gestellt werden, die Deutschland nicht akzeptieren kann. Auch in der Londoner City herrscht die Überzeugung, daß man in Berlin zu einer Verständigung gelangen wird, ohne daß die vom Kabinett Wirth als unmöglich bezeichnete Depontierung von Reichsbankgold im Auslande gefordert zu werden braucht.

Wo bleibt der Preisabbau?

V. Der katastrophale Sturz der Mark, der an der Berliner Börse den Preis des Dollars weit über 2000 Mk. hinauftrieb, hat diesmal mit unglaublicher Schnelligkeit die Preise selbst im Kleinhandel in die Höhe gejagt. Die Entscheidung der Reparationskommission brachte nicht die erwartete durchgreifende Besserung der Mark, immerhin aber eine wesentliche Erleichterung am Devisenmarkt. Das kommt darin zum Ausdruck, daß die Devisenkurse in den letzten Tagen nicht mehr wie früher um 20 bis 30 Prozent hin und her schwanken, sondern eine wesentlich ruhigere Entwicklung nahmen. Der Dollar steht auf 1350, also etwa dem dreihundertzwanzigfachen Friedensstand. Trotzdem ist von einem Abflauen der Preiswelle noch so gut wie gar nichts zu spüren.

Es soll nicht verkannt werden, daß für eine Reihe von Waren der Weltmarktpreis bei dem gegenwärtigen Stand der Mark noch nicht erreicht ist und daß der Preisauftrieb durch die neuerliche Verteuerung der Rohstoffe, insbesondere der Kohle, einen neuen Anstoß erhalten hat. Warenpreise, wie die für Stahl und Eisen, die anfangs mit der Valuta in Höhe gegangen sind, wurden jetzt nach der Steigerung der Kohlenpreise noch einmal erhöht. Hier wie auf vielen anderen Marktgebieten ist es die diktatorische Gewalt der Kartelle, die ihre Monopolstellung rücksichtslos ausnutzen und so einen Preisabbau verhindern. Befremdlich ist es, daß die zuständigen Überwachungsorgane gegen eine solche Preisgebarung nicht entschiedener vorgehen. Haben doch diese Verbände, solange ihnen nicht mit Nachdruck entgegengetreten wird, noch den Schein des Rechts für sich, weil sie sich immer wieder auf ein neues Moment der Warenpreissteigerung berufen können. Geradezu phantastisch aber ist es, wenn ein Syndikat, wie der Stahlgartenverband, auch jetzt noch Preise fordert, die dem tausendfachen Friedenspreis gleichkommen, ohne durch die Rohstoffpreise und die Löhne dazu gezwungen zu sein.

Hier ist ein Einschreiten der Preisüberwachung unbedingt erforderlich. Aber auch in der übrigen Warenverteilung ist es auffallend, daß man wohl dem steigenden Dollar gern mit den Preisen gefolgt ist, nach der Ermäßigung des Dollarkurses aber mit dem Preisabbau wartet. Tatsächlich ist der Stand der Devisen fast zum Preisbarometer für weite Kreise des Kleinhandels geworden. Die Leipziger Messe hat mit ihren Protesten gegen die Forderung nach Goldmarkpreisen gezeigt, daß die Mark im inländischen Zahlungsverkehr außerordentlich weit zurückgedrängt, für den Großhandel als Wertmesser sogar nahezu gänzlich ausgeschaltet ist. Selbst die immer drückender werdende Geldknappheit hat offenbar noch nicht bewirken können, daß weite Kreise deutscher Devisenbesitzer sich ihrer Goldguthaben entledigen. Man muß sich darüber klar sein, daß solche Goldguthaben tatsächlich in der verschiedensten Form vorhanden sind, sei es als lumpige Ein-Dollarnoten in der Brusttasche des Klempnerlebens, sei es aber auch als Valutenkonten bei industriellen Großbetrieben. Hat doch die AGB. um dieselbe Zeit, wo der Dollar auf rund 2000 stand, in Holland eine Zweigniederlassung eröffnen können mit einem Stammkapital von einer Million holländischen Gulden, von denen 200 000 sofort eingezahlt wurden. Es bestehen also derartige Guthaben und das angeführte Beispiel beleuchtet nur die Tatsache, daß solche Guthaben auch für die deutsche Produktion und den Absatz deutscher Waren günstig sein können. Die große Zahl von Valutenvermögen die anderen, spekulativen Zwecken dienen, werden in der Regel der Öffentlichkeit nicht so bekannt.

Es kommt nun darauf an, auf diese Devisenbesitzer einen Druck auszuüben und Maßnahmen zu treffen, die das Vertrauen in die Mark wiederherstellen. Ziel, und gerade das Entscheidende liegt dabei in der Hand der Reparationskommission. Aber diese Tatsache enthebt uns nicht der Pflicht, der Lenkung entgegenzuwirken, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich kürzlich in einer Resolution zur Abwehr des Währungsseils über die wichtigsten Fragen geäußert. Aus der Resolution, die eine Hilfe von außen zur Voraussetzung für alle Abwehrmaßnahmen aus eigener Kraft macht, spricht ein trauriger Verzicht auf jede Form der Selbsthilfe, die uns in dem engen, durch die Reparationspolitik beschränkten Rahmen noch gegeben ist. Auf diesem Wege kann die Regierung ihrem Quänterparlament nicht folgen. Sie muß ihrerseits das äußerste ausbieten, um die Preiswelle zum Abhalten zu bringen.

Beachtliche Anläufe dazu sind erfolgt. Insbesondere sind auch die Bemühungen Preußens, willkürlicher Preisstreberei entgegenzutreten, ernsthafte Versuche, den Preisanstrengungen am Warenmarkt vorzubeugen. Aber die Gesamtsituation der Preise kann auch durch noch so scharfe Handhabung des Währungsrechts nicht geändert, ihre Entwicklung höchstens gehemmt werden. Inzwischen sinkt das Geld weiter im Werte und immer währende Massen werden Not und Elend preisgegeben. Darum ist es

Die Abstimmung in Oberschlesien.

90 Prozent für Preußen.

II. Breslau, 4. September.

Soweit sich übersehen läßt, ergibt sich bei der gestrigen Abstimmung eine große Mehrheit für Preußen. Die Wahlbeteiligung war in einzelnen Bezirken sehr verschieden. Sie schwankt zwischen 36 und 84 Prozent.

In den letzten beiden Tagen hatten alle deutschen Parteien Deutsch-Oberschlesiens noch die größten Anstrengungen unternommen, um über das zukünftige Schicksal Oberschlesiens einen Sieg für Preußen herbeizuführen. Dieser Sieg ist auch nicht ausgeblieben. Von insgesamt 775322 Wahlberechtigten stimmten 523760 für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen und nur 50528 sprachen sich für eine Autonomie aus. Dies ergibt im Durchschnitt 90 Prozent aller abgegebenen Stimmen für Preußen und nur 10 Prozent für eine Autonomie Oberschlesiens. Die wenigen noch ausstehenden Wahlbezirke vermögen an dem Endergebnis nichts zu ändern. Die Wahlbeteiligung war in Stadt und Land verschieden, betrug aber durchschnittlich 83,7 Proz.

Die obereschlesische Abstimmung erfolgte auf Grund eines besonderen Gesetzes resp. eines Versprechens, dem obereschlesischen Volke weitestgehende Selbständigkeit zu gewähren, als der Kampf gegen die Zerstückung Oberschlesiens einsetzte. Die gestrige Abstimmung zeigte den gekündeten Sinn der obereschlesischen Bevölkerung, die sich gegen eine Autonomie aussprach. Ein selbständiges Oberschlesien, das an sich durch die Abtretung an Polen wirtschaftlich geschwächt ist, wäre nie etwas Rechtes geworden und ein Spielball nationalistischer Elemente links und rechts der deutschen Grenze geblieben. Bemerkenswert ist es, daß zuletzt auch die preußischen Konservativen für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen eintraten, deren Verherrlichung der Polenpolitik uns das ganze Elend der heutigen obereschlesischen Not bezeugt haben. „Los von Preußen!“, nie hätte diese Losung an der Südgrenze des Reiches solche Kraft, solche für ganz Deutschland verhängnisvolle Wirkung bekommen können, wenn nicht die Polenpolitik der Junker, der Fatalismus des alten Preußens die Unterdrückungswut der hinter der „Deutschen Tageszeitung“ stehenden Schichten übermächtiger Bürokraten, intoleranter Oberlehrer, Pastoren und Massenagitatoren Großgrundbesitzer jahrelang die tollsten Organe geseiert hätten. Nun, nachdem das neue Deutschland, das neue Preußen trotz Versailles, trotz General Nollet, wenigstens einen Teil Oberschlesiens geteilt hat, kam selbst die „Deutsche Tageszeitung“ und hat für Preußen. Hat sie etwas gelernt?

Frankreichs Antwort auf die Balfour-Note.

Poincaré richtete an den britischen Botschafter in Beantwortung der durch Lord Balfour der französischen Regierung am 1. August übermittelten Note, betreffend die Regelung der interalliierten Schulden, ein Schreiben, in dem es heißt, die französische Regierung sei wie die britische Regierung überzeugt, daß das Reparationsproblem keine endgültige Lösung finden kann, wenn es nicht in irgendeiner Form mit dem Problem der interalliierten Schulden verknüpft wird. Es scheint ihr nötig, daß diese Frage in Kürze nach jeder Seite hin geprüft werde durch eine Konferenz, zu der alle beteiligten alliierten Staaten ohne Ausnahme berufen werden. Die Kriegsschulden der Alliierten und die Reparationschulden könnten nicht einander gleichgesetzt werden, da die letzteren alle im Interesse der gemeinsamen Sache aufgenommen seien. Während der Vorbereitung des Friedensvertrages hätten die siegreichen Länder zum ersten Male in der Geschichte beschlossen, von dem besiegten Lande keine Kriegskosten (!!) zu fordern. Wenn die Zahlung der Kriegsschulden verlangt würde, so würde ein Teil der Kosten auf diejenigen alliierten Länder zurückzufallen, die militärisch die größten Anstrengungen gemacht und die schwerste Last des Krieges auf sich genommen hätten. Die alliierten Schulden seien nicht für den eigenen Nutzen einzelner Staaten, sondern für das gemeinsame Ziel gemacht worden. Dagegen sei die Reparationschuld Deutschlands die Folge freiwilliger und der Mehrzahl überflüssiger Zerstückungen und der Zahlung der Pensionen. Diese notwendige Reparation muß natürlich den Vortritt vor jeder anderen Regelung haben, soweit Frankreich in Frage kommt. Es kann für Frankreich nicht die Rede davon sein, irgendeine Regelung der Schulden, die es während des Krieges einging, in Erwägung zu ziehen, so lange die Ausgaben, die es vorgenommen hat, und die es noch vornehmen muß für den Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete, nicht durch Deutschland direkt oder durch seine Kombination gedeckt sind, die es gestatten würde, baldigt einen genügenden Teil der Forderung zu mobilisieren. Sobald Deutschland einmal dieser Verpflichtung nachgekommen ist, die vor allen anderen den Vortritt haben muß, würde die französische Regierung keinen Widerspruch dagegen erheben, daß man eine allgemeine Regelung der interalliierten Schulden in Erwägung zieht. Doch werde dieser Regelung eine genaue Prüfung vorhergehen müssen, um den Betrag der Schulden auf gerechter und gleichmäßig aufgestellter Grundlage festzustellen. Sie werde außerdem so allgemein wie möglich sein müssen. Frankreich wolle in dieser Beziehung wandert werden wie es selbst die Alliierten behandelt. Frankreich fordert nun nicht die Zahlung von Summen, die die Alliierten ihm schulden, da es glaubt, daß moralisch oder materiell eine derartige Forderung gegenwärtig unzulässig wäre. Der Brief schließt: Die allgemeine Regelung der Schuld würde, wenn sie um der Preis der gegenseitigen Opfer durchgeführt werde, für die Menschheit gewinnbringend sein.

Dollarstand

heute früh 1450. Kurs fest.

tig — und selbst bürgerliche Blätter können sich der Einsicht nicht verschließen, — wenn die Arbeiterschaft allerorts eindringlich auf die Gefahren der gegenwärtigen Lage hinweist und Abhilfemaßnahmen verlangt. Die Ernährung des Volkes zu angemessenen Preisen muß sichergestellt werden. Und jenes Mittel, das dazu geeignet ist, muß auch gegen den Widerstand der Interessenten zur Anwendung kommen.

Hierzu gehört aber in erster Linie eine gemeinwirtschaftlich eingestellte Kontrolle der Preise und eine sorgsame Ueberwachung des Devisenmarktes. Was die Regierung bisher darin getan hat, ist gut gemeint, aber nicht durchgreifend genug. Es ist dringend zu fordern, daß bald weitere Maßnahmen folgen und daß man nicht erst auf das Drängen der vom Valutaelend am schwersten Betroffenen, der Lohnempfänger und Rentner, wartet oder gar der Entente mit dem von ihr angeführten Finanzprogramm die Initiative überläßt. In der Außenpolitik ist tatsächlich eine nicht zu überschätzende, aber immerhin für einige Zeit fühlbare Entspannung eingetreten. Es ist Pflicht der verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß nicht gerade in dieser Zeit die ohnehin auf das höchste gestiegene innerpolitische Spannung sich noch verschärft.

Drohungen in Bayern.

Die Rechtsradikalen nützen den Konflikt Bayerns mit dem Reich und die Forderung aus, und die Gerüchte, daß sie sich mit ersten Putschabsichten tragen, sind in den letzten Tagen immer bestimmter ausgeprägt. Die „Münchener Post“ teilt mit, daß Männer in Oberländertracht, die ihrer Aussprache nach keine Bayern seien, am 28. August nach Rosenheim gekommen seien und Unterkunft in den Schlafsälen des Realgymnasiums gefordert haben. Sie wiesen dabei Quartier- und Einberufungsscheine vor, die von dem Kommandierenden der Reichsmehr, General v. Mähl, unterzeichnet waren. Auch in Automobilen trafen Leute ein.

Die Drohungen der Nationalsozialisten, daß die Protestversammlung auf dem Königsplatz nur eine Generalexkursion sei, die Heranziehung von Leuten von auswärts, die Nachrichtenorganisation und das Massenangebot von Automobilen vor der letzten verbotenen Demonstrationssammlung, die frage „gügellose Sprache waren schon Anzeichen, daß die Rechtsradikalen ihre Zeit für gekommen erachteten. Jetzt steht man auch bei denen, die ein Hauptbediensteter an der Aufreißung der Massen haben, ein, wessen Geschäfte man besorgt hat. Eine Kundgebung rechtsstehender Kreise löst die andere ab. Selbst der Gründer der Orgesch, Forstrat Gierich, sieht sich veranlaßt, in einem Aufruf zur Ruhe zu mahnen und vor dem Staatsrecht zu warnen.

Die Sozialdemokratische Partei ruft zum Widerstand auf und legt in diesem Aufruf u. a.: Wir wissen, was man beabsichtigt, wir kennen alle Einzelheiten. Es geht jetzt hart auf hart. Wir wissen, daß man mit der Revue nicht auskommen will. Arbeiter, seid bereit. Nieder mit dem Putsch! Hoch die Republik!

Beziehend für die Wirkungen der rechtsradikalen Hege ist ein Attentat auf die Wohnung des Genossen Schützinger, in der nachts um 1 Uhr die Fenster durch Ziegelsteine zertrümmert wurden, so daß die schwerverletzte Frau unseres Genossen einen schweren Herzensschmerz davontrug.

Nach neueren Meldungen haben die Mannschaften der „Münchener Post“ und der Führer der Bayerischen Volkspartei etwas Besonnenheit gebracht. Sogar Dr. Heim lehnt in einer neuerlichen Erklärung entschieden die Einweisung des „Heimat- und Königshundes“ bei dem geplanten Mord ab. Am deutlichsten drückt sich der „Bayerische Courier“ aus. Er schreibt: „Es war einmal dringend notwendig, auszusprechen: Die Wege, welche der Ordnungsbildung einschlägt, werden zur öffentlichen Gefahr.“

Trotz alledem tritt die Rechtsunruhe in München in den letzten Tagen besonders heftig hervor. Der Chauffeur eines Citroënautomobils, in das ein Insulaner Finanzbeamter aus Unachtsamkeit förmlich hineingekommen war, konnte sich der Panik nicht durch schnelle Flucht entziehen. Ein weiterer Aufruf erging sich dadurch, daß zwei jüdische Herren die Verteiler der Handzeiteln, die sich in Reichshaltungen des Reichsjustizministers ergingen, festzuhalten suchten. Die antisemitische Rache, welche die beiden überfallen wurde durch Arbeiter zertrümmert, wobei aber die Antisemiten noch reich an wertvollen Köpfen eines der beiden Herren im Gebänge hatten. Sehr merkwürdig klingt auch die Mitteilung von der Ausplünderung und Zerstörung der Villa eines jüdischen Kaufmannes. Es wurde feineswegs etwas geraubt, sondern nur an Ort und Stelle zerstört und zertrümmert. Diese merkwürdigen Rechtszustände im Zeichen des Heiligtums veranlassen die „Münchener Post“ zu einer Anfrage an die Reichsjustiz, ob es richtig ist, daß die Kunst der Sipo die antisemitischen Demonstrationen der letzten Woche angeführt habe und daß eine große Zahl der Polizeibeamten eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sei.

Von der Hege, die noch immer in Bayern ungehindert getrieben werden kann, gibt auch die letzten erhaltene erste September-Ausgabe des „Heimatland“ ein charakteristisches Bild. Da heißt es im Leitartikel ganz offen: „Die nationalsozialistischen Strukturalisten sind bereit. Sie harren des Diktators.“ Ein anderer Artikel der gleichen Nummer „Was von Berlin“ spricht von der „Schraube von der Einheit des Reiches“.

Die Regierung lenkt aber nicht zu...

Der Krieg in Kleinasien.

Niederlage der Griechen.

Seit dem Eintritt der Herbstperiode, die alle militärischen Operationen in Kleinasien sehr erschwert, haben die Türken eine Offensive gegen die griechische Besatzungsmannschaft begonnen, die den Türken einen großen Sieg brachte. Die Schlacht währte von der Stadt Izmir, die von den Griechen besetzt wurde, bis drei Tage dauerte. Die Griechen, die die strategischen Stellungen in dieser Gegend besetzt hatten, mußten die Verteidigung organisieren und die türkischen Operationen verhindern. Aber die türkischen Stellungen konnten die Eisenbahnen Izmir-Konstantinopel erreicht und dadurch den Griechen den Rückzug erschweren. Die griechischen Divisionen, die westlich von Izmir-Konstantinopel operierten, erlitten eine schwere Niederlage. Sie mußten sich nach dem türkischen Siege bis zur Stadt zurückziehen. Die Schlacht dauerte etwa zwanzig Kilometer östlich der Stadt fort. Der griechische Rückzug hat beträchtliche Auswirkungen angebracht.

Der Interesse in der politischen Hinsicht wurde der türkischen Offensive. Der griechische Truppenmangel auf der europäischen Seite des Bosphorus vor den Toren Konstantinopels, der bereits vor geraumer Zeit erfolgte, ist verlohren der Zweck, auf die Entente einen Druck auszuüben. Wahrscheinlich gelang diese Entente nicht ohne Schwierigkeiten der englischen Regierung, die das Gebiet von Smyrna, wie es im Vertrag von Sevres vorgesehen war, Griechenland zu überlassen wollte, während gleichzeitig und weniger an der Oberfläche, als in der griechischen Besatzung in Kleinasien. Die griechische Demarkation, die die Entente zwischen einer Besatzung in Izmir und dem Erfolg, daß die englische, französische und italienische Regierung dahin übereinkommen, für die Regelung des Kleinasien-Problems eine Konferenz in Smyrna anzusetzen. Die Konferenz sollte

dieser Tage beginnen. Es klingt nicht unwahrscheinlich, wenn in der englischen Presse die Ansicht ausgesprochen wird, Frankreich habe die Angora-Regierung zu dem Ueberraschungserfolg veranlaßt, um auf diese Weise den eigenen Absichten Nachdruck zu verleihen. In der Tat wäre die Regierung von Angora kaum zu der Offensive imstande gewesen, wenn ihr das Kriegsmaterial nicht von anderer Seite zur Verfügung gestellt worden wäre. So werden auf kleinasienischem Boden die Machtkämpfe innerhalb der Entente ausgetragen, die alles weniger als ein Zeichen von Einigkeit und völlererständlichem Frieden sind und bei denen die unglücklichen Dritten den größten Teil der Kosten zu tragen haben.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei.

Prag, 2. September.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei fordert unauffällig neue Opfer. So wird die Kündigung der Kollektivverträge in der nordböhmischen Textilindustrie gemeldet, von der mehr als 22 000 Arbeiter betroffen werden, die zum Teil bisher schon unter Arbeitseinschränkungen bis zu 80 Prozent gelitten haben. — Im Abnoor-Kohlengruben wird die Förderung auf vier Tage in der Woche herabgesetzt. Der Ministerrat berät über schnelle Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitsnot und der ganz unberechtigten Teuerung, sieht sich aber hartnäckigen Widerständen gegen den Preisabbau gegenüber. Agrarier und Industrielle beschuldigen sich gegenseitig der Preissteigerung, während die Kommunisten sämtliche Arbeiterparteien zur Bildung einer gemeinsamen Kampffront aufrufen.

Die Friedensvermittlung.

Der Zweite Untersuchungsausschuß des Reichstages ist in der Untersuchung der päpstlichen Friedensvermittlung des Jahres 1917 auf Grund der Prüfung des Aktenmaterials aus dem Auswärtigen Amt und dem Reichsarchiv, sowie zahlreicher Vernehmungen ehemals beamteter Persönlichkeiten zu folgenden Ergebnissen gelangt:

1. Friedensangebot Englands lag im Sommer 1917 nicht vor. Ebenfalls nicht kam in Anbetracht der vielfachen Schwierigkeiten und der immerhin fraglichen Verständigungsbereitschaft auf feindlicher Seite von einer starken Friedenswahrscheinlichkeit gesprochen werden.
2. Eine erste, von Seiten der deutschen Regierung gewissenhaft zu prüfende Friedensmöglichkeit war bei Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden.
3. Die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Österreich-Ungarn haben die an sich nicht sehr starke Friedensgeneigtheit der Westmächte nicht erhöht.
4. Die deutsche Regierung hat in der formellen Behandlung der päpstlichen Friedensaktion Fehler begangen.
5. Auf Grund der vorliegenden Aussagen und Dokumente kann es als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß England und Frankreich jedenfalls Ende August 1917 ein Gehen auf die päpstliche Friedensvermittlung mit Rücksicht auf die gesamte Kriegslage als nicht in ihrem Interesse liegend betrachteten.
6. Die Frage, ob die päpstliche Friedensaktion allein durch die Verzögerung der von der Kurie gewünschten deutschen Erklärung über die Freigabe Belgiens vereitelt worden ist, kann auf Grund der vorliegenden Akten und Zeugenaussagen nicht bejaht werden.

Aus dem uns zur Verfügung gestellten Untersuchungsergebnis geht nicht hervor, ob das Ergebnis einseitig gebilligt wurde. Wir werden deshalb auf die Angelegenheit nochmals zurückkommen.

Die Berliner Partei zur Teuerungskrise.

In einer Versammlung unserer Parteifunktionäre in Berlin wurde folgende Entschließung gefaßt: „Ingenieur der immer mehr und mehr sich zu einer Katastrophe auswirkenden Teuerung aller Lebensmittel und der nicht gerechtfertigten — nur auf das Streben des Dollars gegängigen — maßlosen Verteuerung aller sonstigen Gebrauchsgüter — insbesondere auch der reinen Konsumgüter — erhebt die Funktionärskonferenz der SPD. gegen diese wirtschaftliche Heranziehung und einseitige Festlegung der Preise, die einer unerbörten Bewucherung der minderbemittelten Bevölkerung gleichkommen und die Noi zu einer Katastrophe gefahren, kühnen Protest. Die Funktionäre verkennen nicht, daß ein Teil dieser Verteuerung zurückzuführen ist auf außenpolitische Vorgänge, für die ein Ausgleich in sofortiger Erhöhung aller Löhne und Gehälter geschaffen werden muß. Die Funktionäre fordern daher sofortiges Eingreifen der Regierung zur Sicherstellung der notwendigen Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter zu erzwinglichen Preisen. Die Funktionäre kämpfen sich vollinhaltlich der Forderungen der Gewerkschaften an und fordern Parteivorstand und Fraktion auf, gemeinsam mit der USF. und den Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Lebensmittelnot zu lindern und die Ernährung für die nächsten Monate, insbesondere für den kommenden Winter, sicherzustellen.“

Die Regierung wird aufgefordert, mit den Verbraucherorganisationen und den landwirtschaftlichen Verbänden Vereinbarungen über Lieferungen von Nahrungsmitteln usw. zu treffen. Soweit zur Sicherung der Ernährung öffentliche Bewirtschaftung erforderlich ist, ist diese ohne Verzug durchzuführen. Es kann nicht angehen, daß bei der gegenwärtigen Not einzelne Schichten der Bevölkerung sich auf Kosten der Allgemeinheit in ungerechtfertigter und skandalöser Weise bereichern. Die Funktionärskonferenz anerkennt, daß die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften und der Parteien entsprechende Beachtung geschenkt und einige dieser Forderungen übernommen hat.

Darüber hinaus muß aber gefordert und erwartet werden, daß — soll das Schlimmste vom Risse abgewendet werden — unverzüglich alle Maßnahmen getroffen und durchgeführt werden, die jetzt unerträgliche Lebensmittelnot zu befeitigen.“

Die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Berlin, 2. September.

Wie in der Sitzung des Reichs Eisenbahndarates am vergangenen Mittwoch mitgeteilt wurde, ist von der Verwaltung der Reichseisenbahnen eine weitere Erhöhung der vom 1. Oktober ab gültigen neuen Fahrpreise um 60 Prozent in Aussicht genommen, die zum 1. Dezember 1922 wirksam werden soll. Die Erhöhung betrifft sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die Wägenfahrpreise und die Preise für Postkisten aller Art. — Die vom 1. Dezember 1922 ab gültigen Fahrpreise betragen im

in der vierten Klasse	72 Pfennig
„ „ „ dritten	108
„ „ „ zweiten	180
„ „ „ ersten	324

Das bedeutet für die dritte und vierte Klasse das 36fache, für die zweite Klasse das 40fache und für die erste Klasse das 46fache des Friedenspreises.

Die Schnellzugzuschläge gehen in der ersten Zone für die erste und zweite Klasse von 15 auf 50 Prozent, für die dritte Klasse von 8 auf 25 Prozent, in der zweiten Zone für die erste und zweite Klasse von 80 auf 100 Prozent, für die dritte Klasse von 15 auf 50 Prozent, in der dritten Zone für die erste und zweite Klasse von 45 auf 150 Prozent, für die dritte Klasse von 28 auf 75 Prozent. Gegenüber einem Friedensfuß steigt damit der Schnellzugzuschlag in der ersten und zweiten Zone um das Hundertfache, in der dritten Zone um das 75fache. Als Preis für die Hundekarte wird die Hälfte des Fahrpreises dritter Klasse beibehalten, Bahnsteigtarten kosten 2,50.

Der Wucher mit Zeitungspapier.

SWD. Die Papierfabrikanten sind mit ihren Preiskalkulationen für September immer noch nicht ganz fertig. Während sie bisher diktierten, daß der Zeitungspapierpreis für September pro Kilo 75 Mark kostet, lassen sie jetzt mitteilen, daß dieser Preis wahrscheinlich noch überschritten wird und das Kilo Zeitungspapier für September mit 85 Mark bezahlt werden soll. Jetzt muß mit dieser endlosen Wucherer endgültig Schluß gemacht werden. Wie wir erfahren, ist der Reichswirtschaftsminister, Genosse Schmidt, nicht gewillt, diesem Treiben der Papierfabrikanten weiterhin zuzusehen. Er wird noch im Laufe des heutigen Montag eine Entscheidung fällen, die dem Existenzrecht der deutschen Presse mehr entspricht als alle bisherigen Maßnahmen, die angeblich die Not der Presse eindämmen sollten.

Die Einführung des drahtlosen Telephondienstes.

Berlin, 1. September.

Der seit einiger Zeit versuchsweise betriebene drahtlose Telephondienst ist am 1. September endgültig eröffnet worden, vorläufig allerdings nur mit der Uebermittlung von Wirtschaftsnachrichten, die von einer Zentrale aus an die Privatteilnehmer zugesprochen werden. Der Betrieb geht in der Weise vor sich, daß im Geschäftshaus der Eildienst G. m. b. H. Berlin, Bunsenstr. 2, die wichtigsten aus aller Welt auf dem Funkensender einlaufenden Wirtschaftsnachrichten gesammelt und fortlaufend in eine dort aufgestellte Mikrophonanlage gesprochen werden. Das Mikrophon steht durch eine besondere Leitung in direkter Verbindung mit der Hauptfunkzentrale Königsplatzhause und setzt selbstständig einen drahtlosen Sender in Tätigkeit, jedoch auf diese Weise von Berlin aus die gesprochenen Nachrichten über ganz Deutschland verbreitet werden. Das Recht zur Aufnahme der Nachrichten und zur Aufstellung eines drahtlosen Empfangsapparates kann jeder Abonnent des Eildienstes durch Zahlung einer Gebühr (etwa 4000 Mark jährlich) an die Reichspost erwerben.

Bisher sind bereits 140 Orte mit einer erheblichen Anzahl von Teilnehmern angeschlossen.

Bereits im Herbst dieses Jahres will man mit der drahtlosen Verbreitung belehrender und unterhaltender Vorträge und musikalischer Darbietungen beginnen. Dann können sich die Einwohner auch des kleinsten Dorfes auf dem Lande für ein geringes Entgelt eine Stunde der Erbauung und Belehrung leisten. In jedem Abend zu festgesetzter Stunde kann dann jeder den Saal des Stadtheaters ausfüllen, in dem ein Empfangsapparat aufgestellt ist. Durch diesen werden dann bekannte Gelehrte, Künstler, Politiker und Schriftsteller zum Publikum sprechen.

Blutige Zusammenstöße.

III. Berlin, 4. September.

Die kommunistische Partei hatte gestern die kommunistische Arbeiterjugend ausgerufen, um gegen den Wohnungs- und Lebensmittelwucher zu demonstrieren. Bei der Rückkehr der Demonstranten in das Stadttinnere kam es am Bahnhof Wiltberg zu einem Zwischenfall. Der Installeur Busch, der ein Hakenkreuz trug, stellte sich auf den Bürgersteig und reizte die Vorübergehenden. Demonstranten verprügelten ihn und Busch stürzte in sein Geschäft, verfolgt von Kommunisten, auf die er mehrere Schüsse abgab. Die Kommunisten drangen in das Geschäftsflokal ein, schlugen alles kurz und klein und mißhandelten Busch aufs neue. In der Bismarckstraße kam es zu neuen Zusammenstößen. Als zwei Mann stürzt werden sollten. Es wurden aus der Menge und aus einem Hause Schüsse auf die Beamten abgegeben, die aber ihr Ziel verfehlten. Nunmehr zogen die Schutzpolizisten blank und gingen gegen die Demonstranten vor. So gelang es, die beiden Stürzenden in die Polizeiwache des Polizeiamtes in Charlottenburg hineinzubringen. Darauf verurteilte die Menge das Gebäude zu stürmen.

Die Beamten gaben mehrere Schreckschüsse ab. Trotzdem wich die Menge nicht zurück. Während ein Teil der Beamten in das Gebäude zurückzuckte, um die schußfertigen Karabiner zu holen, machten die übrigen von ihrer Schußwaffe Gebrauch und schossen scharf in die Menge hinein. Man hörte verheerende Aufschreie, so daß mit Sicherheit angenommen werden konnte, daß Personen von den Schüssen getroffen worden seien. Erst als Verstärkung hinzukam, zogen die Demonstranten ab.

Nach den bisherigen Ermittlungen scheinen tödliche Verletzungen nicht vorgekommen zu sein. Zwei Personen sind durch Schüsse verletzt worden; ebenso sind drei Polizisten verwundet. Der Installeur Busch wurde verhaftet.

Nach einer weiteren Meldung wurde bei einer anderen Gelegenheit im Stadtinnern gestern ein Polizeioberwachmeister von einem zweier miteinander streitender Burshen erschossen, ohne daß der Beamte sich überhaupt schon in den Streit eingemischt hatte.

Der Zwischenfall in Oberkassel. Der deutsche Gesandte in Brüssel, Genosse Landsberg, hat der belgischen Regierung sein Bedauern über den Vorfall in Oberkassel ausgedrückt und gleichzeitig erklärt, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungen bis zum Vorliegen des Untersuchungsergebnisses vorbehalten. Die belgische Befehlshaberbehörde hat strenge Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung erlassen.

Saatenklaffung im Falle Rathenau. Der Bruder des Besitzers des Wobdorters Fritz Ruchenmeister aus Freiberg sowie der Kapitänleutnant Alfred Hoffmann und der Leutnant Heinz sind auf Antrag ihres Verteidigers außer Verfolgung gesetzt und aus der Haft entlassen.

Das Deutschlandlied. Der Reichspräsident hat in einer Verfügung bestimmt, daß entsprechend der Rundgebung vom 11. August 1922 die Reichsmehr das Deutschlandlied als Nationalhymne zu führen hat.

Ende des nordfranzösischen Hafenarbeiterstreiks. Aus Havre wird gemeldet: Die Hafenarbeiter haben die allgemeine Aufnahme der Arbeit beschlossen.

Zusammenstoß mit französischen Matrosen in Danzig. Infolge herausfordernden Verhaltens eines Matrosen vom französischen Kriegsschiff „Dane“ gegen einen Arbeiter kam es zu Unruhen zwischen Danziger Arbeitern und französischen Matrosen. Schutzpolizei verhinderte die Erstürmung eines Kaffeehauses, in das sich die Franzosen geflüchtet hatten. Ein Franzose, der gegen einen deutschen Beamten tätig wurde, wurde in die Jagdstraße gebracht.

Die Geldknappheit.

Wichtige Waise waren allenthalben große Schwierigkeiten zu überwinden, um das nötige Geld für Löhne und Gehälter aufzubringen. Die Banken waren den Anforderungen nicht gewachsen, es fehlte an bedrucktem Papier. Die Währungsreformer lehren zwar, daß die Ausschweimung des Geldmarktes mit Papier — die Inflation — der Ursprung der Geldentwertung sei. Dieser Lehrgang ist im allgemeinen richtig, nur für Deutschland gilt er nicht oder wenigstens nicht mehr. Bei uns stehen alle Dinge auf dem Kopf, warum sollte da die Theorie von der Geldentwertung eine Ausnahme machen? Unser Geld entwertet sich in kürzester Frist, und trotzdem haben wir, statt zuviel, viel zu wenig Papiergeld. Die Notenpresse, die nach der Theorie die Geldentwertung macht, läuft wie ein lahmer Gaul hinter der Geldentwertung her. Wenn Herr Poincaré mit der Peitsche knallt, dann laufen die fremden Geldkurse im wilden Stoppelhafe vorwärts. Die Mark-Werte zurück, immer weiter zurück, in den hintersten Stufen, wo Kassel, Wiener Krone und Polenmark laufen. Und wenn wir auf Zeitungsrotationsmaschinen das Geld drucken würden, meint es, daß wir nicht wieder in die Reihe kommen. Auf Deutschland bezogen, muß also der Lehrgang der Währungstheorie lauten: Nicht die Inflation ist die Ursache der Geldentwertung, sondern die Politik Frankreichs und der Entente ist es, und der Notenbrauch ist nur eine Folge davon.

Die deutschen Umlaufmittel sind heute etwa 45mal größer als vor dem Kriege, aber der Geldbedarf ist nach Maßgabe der Preissteigerungen 130- bis 150mal größer als im Frieden. Die Reichsbank ist nicht in der Lage, soviel Geldzeichen herauszubringen, wie der Markt verlangt. Vor dem Streik in der Reichsbank im Juli, durch den die Summe von etwa 14 Milliarden Mark umgedruckt geblieben ist, ist die Notenpresse empfindlich ins Hintertreffen geraten. Aber auch ohne den Streik wäre die Geldknappheit schwer zu spüren. Vor dem Streik hatte die deutsche Notenpresse, um den Bedarf zu decken, täglich für 850 Millionen Mark Geld zu drucken. Nach dem gegenwärtigen Stand der Geldentwertung aber ist nach Angaben von offiziöser Seite ein täglicher Notenbedarf von mindestens 4 Milliarden Mark vorhanden. Wenn im westlichen Industriegebiet werden jetzt wöchentlich zur Lohnzahlung 4 Milliarden Mark gebraucht. Andere Industriebezirke haben ähnliche große Bedürfnisse. Bei den Lohnzahlungen in diesen Tagen haben in vielen Fällen durch die Betriebe, obwohl die Reichsbank die Löhne umschüttelt und den letzten Markzettel herausgegeben hat, die Lohnansprüche der Arbeiter und Angestellten nicht ganz erfüllt werden können. Es soll nun die Leistungsfähigkeit der Reichsbank auf der Höhe wieder angelangt sein. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß die Angelegenheit der Auslandskurse, die durch die Drohung der französischen Politik schon himmelhoch gelüftet sind und die natürlich eine entsprechende Entwertung unserer Geldzeichen nach sich ziehen, durch ähnliche Vermehrung des deutschen Geldumlaufes weitgemacht werden kann, wenn nicht entweder andere Druckereien zur Hilfe gezogen oder Geldzeichen mit höherem Wert als 10 000 Mark gedruckt werden. Höhere Noten sollen ja jetzt auch gedruckt werden. Man muß nämlich bedenken, daß wir

mit deutschem Gelde nicht allein den inneren Markt zu versorgen haben, sondern daß auch die riesigen Bezüge, die die Besatzungsmächte am Rhein bekommen, in deutschen Papiermark ausgezahlt werden müssen. Die Ententeforderungen an die Mark für die Besatzungstruppen betragen 20 Prozent des gesamten deutschen Papiergeldes. Die Reichsbank hat wissen lassen, daß sie gegenwärtig eine Leistungsfähigkeit von etwa 2 Milliarden Papiergeld täglich hat und daß sie hofft, bald auf täglich 3 Milliarden zu kommen. Daraus geht wohl mit genügender Deutlichkeit hervor, daß für Deutschland der erwähnte Lehrgang der Währungstheorie falsch ist.

Der alte Herr Afrika hat unredlich, wenn er sagt: alles sei schon einmal dagewesen. Was wir auf dem deutschen Geldmarkt gegenwärtig erleben, ist infolge der Ententepolitik der unbegrenzten Möglichkeiten noch nicht dagewesen.

Die Frage wird aufgeworfen: Wie ist dieser Zustand zu heilen? Und diese Frage muß beantwortet werden. Solange die Entente auf dem Schein beharrt, der uns zu ungeheuren Reparationszahlungen und zu unproduktiven Zahlungen an den Ententemilitarismus in Rheinlande verpflichtet, ist an eine Besserung nicht zu denken. Kein Land der Erde und keine ausländische Finanzgruppe kann bei derartigen Verpflichtungen veranlaßt werden, uns eine größere Anleihe zu geben; denn jedermann sieht ein, daß das hieße, das Geld in ein bodenloses Loch zu schütten. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist infolge der Gebietsabtretungen und der hundertfachen anderen Auswirkungen des Friedensvertrages demart zurückgegangen, daß sie nicht mehr den eigenen inländischen Bedarf der Bevölkerung zu befriedigen vermag. Dieses Defizit in unserer Wirtschaftsbilanz wird vergrößert um die Beträge, die wir an die Entente leisten müssen. Wir zahlen keinen Pfennig aus deutschem Wirtschaftserlös, wir zahlen aus den Vermögensresten früherer Zeit. Das Rezept für die Gesundung der deutschen Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse lautet: Aufhebung aller nicht unmittelbar für den Wiederaufbau zerstörter Wirtschaftsgüter und unabhingiger Zahlungen und Lieferungen. Dadurch wird eine ausländische Anleihe für Deutschland ermöglicht. Diese Anleihe muß zum allergrößten Teil für die Wiederherstellung der zerstörten deutschen Wirtschaft und zum restlichen Teile für die Ausbesserung der noch bestehenden Kriegsschäden in anderen Ländern benutzt werden. Wenn dann nach einer nicht zu kurz bemessenen Reihe von Jahren der deutsche Wirtschaftskörper wieder gesund und kräftig und im Besitz der normalen Funktionen seiner Organe ist, kann, wenn neben der Verzinsung und Tilgung der Auslandsanleihe noch Ueberflüsse übrig bleiben sollten, über weitere Leistungen an die Entente geredet werden.

Ein anderes Rezept gibt es nicht. Es ist aber höchste Zeit, daß man nach ihm handelt, sonst ist der Untergang nicht mehr aufzuhalten. Das deutsche Wirtschaftswesen ist durch das unausgesehete Bombardement mit Ulimaten, Trotnoten und Repressalien kreuzlos und led geschossen worden. Wenn dieses gewaltige Schiff versinken muß, dann wird in seinen Strudel ganz Europa mit hineingezogen werden, und dann ist es zu spät, den Untergang des Abendlandes aufzuhalten.

über Ueberarbeit in kleineren Betrieben gestützt. Die Ueberarbeitungen fielen hauptsächlich in die zweite Hälfte der Woche, sie wurden zum Teil durch Ausfall von Arbeitszeit an den ersten Wochentagen wieder ausgeglichen. In vielen Fällen handelte es sich um Arbeiten, die mit Recht als Notarbeit anzusehen waren. Zur Befriedigung der Ueberarbeit ist auf die Verteilung der Pausen und Einführung von Schichtarbeiten hingewirkt worden.

Auf Grund von Beschwerden von Angestellten in Handelsbetrieben war auf die Befriedigung von Ueberarbeitungen der achtstündigen Arbeitszeit zu dringen. Meist waren der Ausbhang über die Arbeitszeit und das Ueberarbeitsverzeichnis nicht vorhanden.

Bei den Revisionen der Handelsbetriebe war es auffällig, daß die Angestellten wenig Interesse der Einhaltung des Achtstundentages entgegenbrachten. Die Banken und Expeditionsbetriebe nehmen meist den Standpunkt ein, daß sie zur Ueberarbeit ohne weiteres berechtigt seien, da es sich um Arbeiten handle, die im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen.

Ueberarbeitsbewilligungen sind nach Anhörung des Gewerbetätigstamtes in größerer Anzahl für einzelne Unternehmungen erteilt worden. In allen Fällen haben die Betriebsräte ihre Zustimmung zur Ausführung der Ueberarbeiten gegeben. Die Gewerkschaften waren meist damit begründet, daß geeignete Facharbeiter für die Betriebe nicht zu erhalten waren.

In drei Fällen sind die Anträge abgelehnt worden, weil die Voraussetzungen für die Genehmigung nicht vorliegen.

Nach den Beobachtungen und den aus Arbeiterkreisen eingegangenen Beschwerden für einzelne Arbeiter außerhalb des Betriebes ihrer Arbeitgeber nebenberufliche Arbeiten aus, um dadurch einen höheren Verdienst zu erreichen. Es betrifft dies hauptsächlich handwerksmäßig ausgebildete Leute, die nach beendeter Fabrikarbeit sich dann zu Hause oder an anderer Stelle weiterbeschäftigen, wodurch der Zweck des Achtstundentages verfehlt wird.

Sonntagsarbeit.

Die Zahl der Anträge auf Genehmigung von Sonntagsarbeit nach § 105 f der GD. waren zahlreicher als in den Vorjahren. Es sind von 23 Betrieben 37 Anträge auf Bewilligung von Sonntagsarbeit gestellt worden, wobei es sich meist um die Beschaffung dringender Arbeiten zur Fertigstellung von Schiffen, von Häusern zur Bekämpfung der Wohnungsnot und um die beschleunigte Entladung von Schiffen handelte. Widerstand gegen die Arbeitsruhe am Himmelfahrtstag und Bußtag wurde von den Arbeitern in einigen Betrieben der Maschinen- und Holzindustrie erhoben, weil sie den Lohnausfall für diese Tage nicht erdulden wollten. Nach Lage der Verhältnisse wurde den Anträgen dann entsprochen, wenn die Voraussetzungen des § 105 f der GD. erfüllt waren. Die Gewerkschaften haben den Antrag an den Senat um Aufhebung des Bußtages als gesetzlichen Feiertag gestellt; eine Entscheidung hierüber ist noch nicht getroffen worden.

Schwierigkeiten verursachte die Durchführung der vollen Sonntagsruhe bei den Konditoreien. Aus den Sonntagsruhebestimmungen, nach denen unter gewissen Umständen während dreier Stunden leichtverderbliche Waren ausgetragen werden dürfen, leisteten manche Konditoren die Befreiung ab, auch an den Sonntagen solche Waren herzustellen. Die Inhaber der Betriebe wurden verwahrt.

(Fortsetzung folgt.)

Preiskontrolle gegen Wucher.

Das Preussische Ministerium des Innern hat am Sonnabend die erste Verordnung veröffentlicht, die sich mit den Auswüchsen bei der Preisbildung beschäftigt und der Unterlassung einer gewissenhaften Preisberechnung, die die Preise ohne weiteres nach den höchsten Dollarkursen festsetzt, entgegentritt. In der Verordnung heißt es u. a.: „Insbesondere läßt man es heute vielfach an einer gewissenhaften Preisberechnung gänzlich fehlen und stellt die Preise nicht auf Herstellungskosten, auf Inlands- oder Auslandsware, einfach nach den höchsten Dollarkursen fest, während die Kaufkraft der Mark im Inlande keineswegs einen der Verluste entsprechenden Tiefstand erreicht. Ferner zeigt die tägliche Erfahrung, daß vielfach Waren in der unlauteren Absicht, sie später zu ungleich höheren Preisen abzusetzen, auch gegenüber den inländischen Käufern zurückgehalten werden.“

Diesem „gewissenlosen Treiben unlauterer Elemente“ sollen die Behörden, insbesondere durch Ueberwachung der Preisgestaltung der notwendigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs entgegenzutreten. Die Polizeibehörden werden beauftragt, bei Engern und Händlern, auf Märkten, in Betrieben und Geschäften die Preise nach den maßgebenden Grundätzen der Preisberechnung und nach den Herstellungskosten nachzuprüfen. Preischilder und Preisverzeichnisse müssen sofort wieder angebracht werden. Bei Strafanzeigen aus der Bevölkerung sollen die Beamten den anzeigenstatistischen Verleihen nicht nur entgegenkommen, sondern auch zur Hand gehen und festgestellte Wucherfälle mit äußerster Beschleunigung der Strafverfolgungsbehörde mitteilen.

Dieser Verordnung der Preussischen Regierung werden weitere Maßnahmen folgen. Heute, Montag, wird eine Verordnung veröffentlicht werden, die die Bewilligung neuer Konzessionen für den Ausschank von geistigen Getränken verbietet.

Ein ernstes Wort zur heutigen Zeit von Bassalle.

Hunger sterben kann in einem doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick hinfallen, tot sein im Moment vor Hunger — das geschieht selten; aber wenn man fortwährend eine größere Verausgabung von Kräften vornimmt, als man infolge zu schlechter Lebensmittel und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt ersetzen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit... Nur daß dieses Hungerssterben dann gerade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungerssterbens ist dennoch ein permanenter.

Notstandsaktionen für die Sozialrentner.

Im Rahmen der von der Reichsregierung unternommenen Aktion zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage ist vom Reichsarbeitsministerium eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet worden. Die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angehörigen-Versicherung erhalten bisher schon neben der erhöhten Rente laufende Unterhaltungen zu außerordentlichen Notstandsmaßnahmen. Für sie stellt das Reich jetzt außerdem eine Milliarde den Ländern zur Verfügung. Die Gemeinden oder beide zusammen sollen dazu aus eigenen Mitteln wenigstens ein Fünftel der aufzuwendenden Beträge beisteuern, so daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Förderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner alsbald verwendbar sind. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Ausbesserung der Leistungen durch Heraushebung der Höchstgrenzen für die Bemessung des Grundlohnes vorgesehen und außerdem wird die Versicherungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsgrenze und einiger für die Berechnung der Leistungen maßgebenden Beträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsgrenze erweitert. Die

Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner wurden von 500 Millionen Mk. auf 1 Milliarde Mark erhöht. Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die durch Gesetz vom 21. Juli mit Wirkung vom 1. August 1922 an neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für September um durchschnittlich 66% Prozent erhöht. Außerdem soll noch im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der am 1. September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen wird, so daß die Teuerungszuschüsse gegenüber den Augustbeträgen insgesamt um rund 140 bis 200 Prozent erhöht sein werden. Die Reichsmittel der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge wurden bereits von 500 Millionen auf 1 Milliarde erhöht.

Südböcher Gewerbeaufsichtsamt.

Aus dem Bericht für das Jahr 1921.

Das Nachrichtenamt übermittelt uns folgenden Bericht:

Arbeiter im allgemeinen.

Der Umfang der Dienstgeschäfte des Gewerbeaufsichtsamtes hat im Berichtsjahre den der Vorjahre erheblich überschritten. Trotz angestrengtester Tätigkeit haben sich nur die laufenden Geschäfte erledigen lassen, während die eigentliche planmäßige Revisionstätigkeit nicht in dem gewünschten Umfange durchgeführt werden konnte. Neben dem erweiterten Arbeitsgebiet infolge der Ueberwachung der Durchführung des Achtstundentages und der Handelsaufsicht haben die Dampfseilaufsicht mit den zeitwährenden Amtshandlungen für die Neugenehmigung von Land- und Schiffsdampfschiffen, Abnahmen von Azetolen- und sonstigen genehmigungspflichtigen Anlagen einen großen Teil der Tätigkeit der Beamten in Anspruch genommen.

Die Besserung in der Beschaffung von Rohstoffen und Brennstoffen für die Industrie hat eine vermehrte Beschäftigung von Arbeitskräften herbeigeführt, die sich von Vierteljahr zu Vierteljahr gesteigert und am Jahreschluß eine Höhe erreicht hat, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen war. Zeitweise waren allerdings Arbeitsverfugungen infolge Störungen des Absatzes der Erzeugnisse erforderlich, die nicht von sehr langer Dauer waren. Auch die Wiedereröffnung von Sperrzeiten im Elektrizitäts- und Gasverbrauch in der zweiten Hälfte des Jahres wegen der geringeren Belieferung mit Brennstoffen hat einen ungünstigen Einfluß mit ausgeübt. Vielfach konnten die Betriebe wegen des ihnen zur Verfügung stehenden geringwertigen Brennstoffes ihre volle Leistungsfähigkeit nicht erreichen.

Die Zunahme der Gesamtzahl aller Arbeitskräfte beträgt gegen das Vorjahr 17,87 Prozent. Die Zahl der männlichen Arbeiter über 16 Jahre hat eine Zunahme von 15,82 Prozent erfahren. Das prozentuale Verhältnis der erwachsenen männlichen Arbeiter zur Gesamtzahl aller Arbeiter stellt sich auf 80,54 Prozent gegen 81,62 Prozent im Vorjahre.

Arbeitszeit.

Die Durchführung der Anordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 und 17. Dezember 1918 und über die Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 ergab weiterhin keine besonderen Schwierigkeiten. Unzulässige Ueberarbeitungen der Höchstarbeitszeit sind meist bei Arbeitsunternehmer unter Berufung auf einen bestehenden Tarifvertrag vorgekommen, obwohl weder die behördliche Erlaubnis eingeholt war noch ein Notfall im Sinne der Ziffer 5 der Verordnung vorgelegen hatte. Unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen erfährt der Begriff „Notfall“ eine gewisse Dehnung. Insbesondere betrafen die Werften und ihre Betriebsräte die eiligen Instandsetzungsarbeiten an Schiffen als Notarbeiten, bei denen ohne behördliche Erlaubnis Ueberstunden gemacht werden dürfen.

Schwierigkeiten bei der Durchführung des achtstündigen Arbeitstages sind bei den Kraftfahrzeugführern einer Verkehrs-gesellschaft hervorgetreten, für welche nach einer Arbeitszeit von vier Wochen bei 192 Stunden eine Freiwache zugelassen werden sollte. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe wird die tägliche Arbeitszeit von acht Stunden häufig nicht eingehalten, weil die Angestellten sich den Verdienst an Trinkgeldern nicht entgehen lassen wollen. Von der Ortsgruppe des Zentralverbandes der Kleischer wurde Beschwerde

Volkswirtschaft.

Goldankauf der Reichsbank.

Der Goldankauf der Reichsbank dient dem Ziele, den Goldbestand des Zentralnoteninstituts zu erhöhen und so die Grundlage für die Wiederherstellung einer stabilen Währung zu erweitern. Dieses Ziel ist bisher nur in unzulänglicher Weise erreicht worden, und zwar nicht zuletzt wegen der kurzfristigen Dispositionen, mit denen man die Goldankaufspreise festsetzte. Dadurch, daß man den Preis des Goldes im freien Verkehr nicht genügend berücksichtigte und nur gemünztes Gold ankaufte, konnte ein Heer von Metallhändlern große Goldbestände an sich ziehen. Der verarmte Rentnerstand und weite Schichten der Arbeiterschaft wie des sogenannten Mittelstandes wurden ja durch die Geldentwertung gezwungen, ihren Schmutz zu veräußern, um sich auch nur für kurze Frist Existenzmittel schaffen zu können.

Alle Verbote oder Einschränkungen des Handels vermochten nichts gegen die Tatsache, daß der Ankauf von Schmutz und sog. „Bruchgold“ — hierunter fallen im Handel alle wertvoll gearbeiteten Schmuckstücke — in den Privatverkehr übergingen.

Seit der Goldankaufstätigkeit des Reiches stellten sich die von ihm gezahlten Goldpreise folgendermaßen dar:

In der Zeit vom:		1. 1922		2. 1922	
1. 6. bis 11. 6.	260 M.	5. 12. 21 bis 22. 1.	720 M.		
12. 6. "	280 "	2. 1. "	5. 3. "	780 "	
26. 6. "	300 "	6. 3. "	19. 3. "	850 "	
4. 7. "	310 "	20. 3. "	26. 3. "	950 "	
17. 7. "	320 "	27. 3. "	3. 6. "	1200 "	
1. 8. "	340 "	5. 6. "	18. 6. "	1100 "	
12. 8. "	390 "	19. 6. "	25. 6. "	1250 "	
19. 8. "	450 "	26. 6. "	2. 7. "	1400 "	
5. 10. "	480 "	3. 7. "	23. 7. "	1700 "	
17. 10. "	540 "	24. 7. "	30. 7. "	1900 "	
24. 10. "	600 "	31. 7. "	6. 8. "	2000 "	
7. 11. "	720 "	7. 8. "	20. 8. "	2500 "	
14. 11. "	850 "	21. 8. "	27. 8. "	3500 "	
		28. 8. "	3. 9. "	5000 "	

Man sieht an dem letzten Goldankaufspreise, der erst 250 Mark für eine Goldmark beträgt, wie sehr die Ankaufspreise hinter dem Goldgleichstand von etwa 1:400 zurückgeblieben. Das ist ein durchaus unerwünschter Zustand, der das Goldzwangskauf in die Hände von Privatpekulanten treibt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 4. September.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	2. Septbr.	1. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	51985.— 48938.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	9987.56 9388.80
Kristiania	100 Kr.	22247.15 21871.—
Kopenhagen	100 Kr.	28764.— 27755.25
Stockholm	100 Kr.	35455.60 34956.25
Helsingfors	100 finn. Mk.	2846.40 2921.80
Rom	100 Lire	2892.60 5617.95
London	1 £	5967.50 5598.—
New York	1 Doll.	1348.31 1298.37
Paris	100 Frs.	10438.90 10087.38
Zürich	100 Frs.	25518.05 24569.25
Madrid	100 Pesetas	20699.05 20074.35
Wien	100 K.	1.90% 1.78
Prag	100 K.	4414.45 3830.55
Budapest	100 K.	59.92 55.98

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Familien i. S.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Montag, 4. September.

Zur Amtsblattfrage

nehmen der „General-Anzeiger“ und die „Lübeckischen Anzeigen“ in ihrer Sonntagsausgabe erneut Stellung. Beide erheben gegen den „Volksboten“ und gegen die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion heftige Angriffe, weil wir nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß nur im „Lübecker Volksboten“ die amtlichen Bekanntmachungen erfolgen sollen. Bezeichnend ist, daß der „Anzeiger“ mit dem demokratischen Organ in dieser Frage nicht nur durchweg konform geht, sondern in diesem Kampf noch das höhere Amtsblatt zu überwinden versucht. Trotz der vielen Worte gehen beide Blätter um den Kern der Sache herum. Grundlegend handelt es sich doch darum: Soll der republikanische Staat in einem republikanischen Blatt seine Bekanntmachungen veröffentlichen? Diese Frage müßten eigentlich beide Blätter behandeln, daß im monarchischen Staat eine monarchische Zeitung Amtsblatt war. Es ist also völlig inkonsequent, wenn heute gegenüber dem republikanischen Staat anders gehandelt wird. Aber in trauriger Uebereinstimmung betonen beide Blätter, daß der „Volksbote“ kein demokratisches, sondern ein sozialdemokratisches Organ sei. O, diese Weisheit! Gibt es irgendwo in Deutschland ein demokratisches Blatt ohne irgendwelche Parteigebundenheit? Niemals! Und warum die „Lübeckischen Anzeigen“ als monarchisches Organ nicht auch streng konservativ? Aber in diesem Blatt war der amtliche Teil streng vom redaktionellen Teil getrennt, schloß das amtliche Amtsblatt. Schon jetzt. Aber wenn dieser Grund nicht haltbar ist, dann sollte man doch nicht vergessen, daß es im „Volksboten“ nicht anders sein wird. Die Redaktion des Volksboten hat auf die amtlichen Bekanntmachungen nicht den geringsten Einfluß und will ihn auch gar nicht haben. Nun hat Herr Starbarger sogar herausgeholt, daß der Volksbote ein Gegner der Verfassung sei. Ferner hat er entdeckt, daß die Sozialdemokratie die Diktatur des Proletariats einflüßeln will. Genau das Gegenteil ist richtig. Jeder ehrliche Kritiker muß zugeben, daß unsere Partei mit aller Entschiedenheit jede Diktatur bekämpft. Wenn in der Bürgerchaft mit Mehrheit Beschlüsse gefaßt werden, so ist das niemals Diktatur, sondern Demokratie. Von Diktatur kann nur dann geredet werden, wenn die Minderheit über die Mehrheit herrscht. Die Gegner der Verfassung aber muß Herr Starbarger nicht bet uns, sondern in seinen Kreisen suchen. Wenn der „Volksbote“ auf ehrliche Kritik in der Verfassung hingewiesen hat, so darum, um sie zu verbessern, nicht aber um sie zu beschimpfen.

Wehrlicher Art und ebenso halt- und sinnlos sind die Einwände, die Herr Anie im „General-Anzeiger“ gegen unsere Partei richtet. Es ist unnötig, sich damit weiter zu beschäftigen. Mit der Amtsblattfrage hat das alles wenig oder nichts zu tun. Die übrigen Ausführungen des „General-Anzeigers“ zeugen nicht von großer Sachkenntnis. Was dort über die Kostenfrage gesagt wird, stimmt absolut nicht. Wenn man aber aus Gründen der Sparsamkeit für den Senatsantrag eintritt, dann muß man dafür eintreten, daß der sozialdemokratische Antrag angenommen wird. Die Bekanntmachung in vier Blättern kostet zweifelloser mehr Geld als in einem Blatt. Ebenso wenig stichhaltig sind die Ausführungen über den Volksempfänger. In diesem Falle würde nur der Senat einen Volksempfänger herbeiführen können. Die Bürgerchaft aber nicht, da eine Zweidrittelmehrheit in dieser Frage nicht vorhanden ist. Was Herr Anie aber über die Beziehungen zwischen älteren und jüngeren Parteigenossen schreibt, existiert nur in seiner Phantasie. Meinungsverschiedenheiten wird es in einer großen Partei in manchen Dingen recht häufig geben. In der Amtsblattfrage aber zählen gerade viele alte Genossen zu der Mehrheit. Die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion wird sich durch solche haltlose Artikel nicht von ihrem richtigen Standpunkt abbringen lassen. In einem demokratischen Staat kann nur ein demokratisches Organ Amtsblatt sein.

Die staatlichen Wirtschaftsbetriebe.

Berücksichtigung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie der Straßenbahn.

In der Versammlung der Bürgerchaft am 4. Juli 1921 ist die Umwandlung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie der Straßenbahn in privatwirtschaftliche Betriebe unter Staatsaufsicht angeregt worden. Der Senat hat zu dieser Anregung eine Untersuchung der Betriebsbehörden eingehend, die nunmehr vorliegt. Er hat selber zu dieser Frage noch keine Stellung genommen. Falls es vielmehr bei der großen Bedeutung der angelegten Dinge für angebracht, daß ihre Begründung einem gemeinsamen Ausschusse des Senats und der Bürgerchaft übergeben werde, der zweimächtig aus vier Senats- und acht Bürgerchaftsmitgliedern zusammenzusetzen wäre. Der Senat stellt daher einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Die Betriebsbehörde hat sich für eine Änderung des bisherigen Zustandes ausgesprochen und ihre Ansicht in folgenden Richtlinien niedergelegt. 1. Die städtischen technischen Betriebe (Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und Lübecker Straßenbahn) werden von den Behörden des Staates unter Aufsicht der städtischen Verwaltung übernommen und des städtischen Aufsichtsrates losgelöst und in Form einer Betriebsanstalt öffentlichen Rechts selbstständig besteuert. Die Verwaltung der Anstalt und die Führung ihrer Geschäfte wird einem Vorstand übertragen, der seinerseits der Kontrolle und Oberleitung eines Verwaltungsrates untersteht. Die Leitung der Anstalt wird von den geschäftlichen Angelegenheiten auf bestimmte Zeit im Ehrenamt gewährt. Er besteht aus möglichst wenigen Personen, vielleicht zwei Senatsmitgliedern und fünf bürgerlichen Deputierten. 2. Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorstand, dem Vorstand, dem Verwaltungsrat, dem Aufsichtsrat und dem Aufsichtsrat. 3. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt. Er besteht aus dem obersten Leiter und einem oder mehreren Mitgliedern nach näherer Bestimmung des Verwaltungsrates. Er hat alle laufenden Arbeiten (Betrieb und Verwaltung) selbstständig zu erledigen, Käufe und Verkäufe vorzunehmen. 4. Der Verwaltungsrat wird von den geschäftlichen Angelegenheiten auf bestimmte Zeit im Ehrenamt gewährt. Er besteht aus möglichst wenigen Personen, vielleicht zwei Senatsmitgliedern und fünf bürgerlichen Deputierten. 5. Der Verwaltungsrat beschließt über Erweiterungen, Neubesetzungen, Angestelltenfragen, Aufstellung der Bilanzen und der Jahresrechnung, Erweiterung oder Verengung von Anlagen, Beschaffung von anderen Unternehmungen. 6. Der Verwaltungsrat trifft über die Tarife endgültige Bestimmungen. 7. Für die Rechnungslegung und den Abschluß sind die in der Privatindustrie gebräuchlichen Grundsätze maßgebend. 8. Von der Aufstellung eines Haushaltsplanes wird Abstand genommen. Der nach Abzug der in der Privatwirtschaft üblichen Abschreibungen und Rückstellungen verbleibende Reingehalt des Unternehmens wird an die Staatskasse abgeführt. 9. Die Angestellten werden auf Arbeitsvertragstrag eingestellt. Ihre Beschäftigung einschließlich der Gehälter und sonstigen Leistungen richtet sich innerhalb der städtischen Vereinbarungen nach Verantwortung und Leistung und wird vom Vorstand und Verwaltungsrat geregelt.

Die Betriebsbehörde bemerkt in ihrem Bericht u. a.: An eine vollständige Umwandlung der städtischen Werke ist nicht gedacht. Minderer Gegenstand der Veränderung ist die Verwirklichung des Gedankens, die Verwaltung der technischen Werke von der Verwaltung des sonstigen Staatsvermögens abzutrennen und selbstständig auszugestalten. Der Zweck der Veränderung läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Leitung der technischen Werke mit voller Beweglichkeit ausgestattet werden soll, und daß die Anwendung wirtschaftlicher Methoden auf die Betriebsführung der Werke ermöglicht wird.

Aufgabe unserer Bürgerchaftsaktion wird es sein, zu dieser wichtigen Frage in eingehenden Beratungen Stellung zu nehmen.

Das Gaswerk.

Kohlenknappheit. — Teures Gas.

Am Freitag, dem 1. September beschäftigten die Vertreter der höchsten vier Tagesstellungen die Anlagen auf dem Gaswerk II unter Führung des Direktors der städtischen Werke und des Lei-

ters des Nachrichtenamtes. Bei dieser Gelegenheit wurde der Presse auch Mitteilung gegeben, über die äußerst traurige Lage des Kohlenmarktes. Die Not an deutschen Kohlen hatte seinenzeit den Reichskohlenkommissionar veranlaßt, ersichtlich den Gedanken zu erwägen, die nordische Markternte nicht mehr mit deutscher Kohle zu beliefern, sondern sie auf den Ankauf englischer Kohle zu verweisen. Das berechtigende Widerstreben sämtlicher zuständigen Stellen, begründet in der so ungeheuer niedrigen Kaufkraft der Mark, gegen diese Absicht des Reichskohlenkommissionars hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Absicht jedenfalls nicht in dieser schroffen Weise zur Durchführung kommt. Nach wie vor muß jedoch die Kohlenlage trotz der größten Bemühungen der Verwaltung als ernst bezeichnet werden.

Ein weiteres sehr trauriges Kapitel auch im direkten Zusammenhang mit der Erzeugung der städtischen Kohlenpreise. Nach den September-Preisen ist die Kohle nunmehr weit über das 300fache des Friedenspreises gestiegen. Die September-Preise betragen gegenüber den Juli-Preisen bereits das 4fache. Die Auswirkung dieser starken Preissteigerung auf die Gas-, Wasser- und Strompreise können nicht ausbleiben. Die Veränderung der Kohlenpreise in der letzten Zeit von Monat zu Monat hat auch der Verwaltung Veranlassung gegeben, den Antrag einzubringen, daß nicht mehr von Vierteljahr zu Vierteljahr sondern von Monat zu Monat die Preise festgesetzt werden, da in der heutigen Zeit bei diesen Schwankungen andernfalls eine Kalifikation und eine gesunde wirtschaftliche Führung unmöglich ist.

Der Rundgang durch die großen Anlagen des Gaswerks II, die heute infolge der Belieferung durch das Hofwerk in der Sommermonate nur in ganz geringem Umfange ausgenutzt werden, zeigte den Teilnehmern die guten neugeschaffenen Entlade- und Befüllungsanlagen, das neue Ofenhaus, welches heute im allgemeinen allen die Gaserzeugung deckt, ist in diesem Sommer durch Umbau zweier Ofen nach dem modernsten Kammer-System weiter verbessert; die Bauten sind fast beendet. Die umfangreichen Heizungsanlagen des Gases sind in dem letzten Jahre gleichfalls vervollständigt worden. Die Aufstellung einer Benzol-Gewinnungsanlage soll noch in den Herbstmonaten vorgenommen werden und wird erhofft, bei den heutigen Preisen für Benzol, aus diesen Anlagen nennenswerte Überschüsse zu gewinnen.

Die Verwaltung der Werke wies darauf hin, daß es ihr erstes Bestreben sei und bleiben müsse, alles zu versuchen, die Anlagen, den Betrieb und die Verwaltung so wirtschaftlich wie möglich auszubauen, um die je bedauerlich hohen Preise möglichst niedrig gestalten zu können.

Veränderung des Bereiches bei der Festlegung und der Berechnung der Bezugspreise für Gas, Elektrizität und Wasser in Abhängigkeit von der Kohlenkaufkraft. Nach dem Tarif für die künftige Gestaltung der Preise für Gas, Elektrizität und Wasser erfolgt die Festlegung dieser Preise jeweils zu Anfang des Verbrauchsjahres nach dem Stande der Kohlenpreise unter Anwendung festgelegter sogen. Kohlenkoeffizienten für die Dauer eines Verbrauchsjahres. Die kurz hinwandelnden Preise des letzten Verbrauchsjahres lassen dieses Verfahren ungenügend erscheinen. Während sämtliche Ausgaben mit der Geldentwertung mehr oder weniger steigen, am Ende eines Verbrauchsjahres also ganz wesentlich höher sind als am Anfang, entsprechen die Einnahmen nur den Ausgaben am Anfang des Verbrauchsjahres, so daß eine zunehmende Berechnung der Überschüsse unmöglich ist. Die Betriebsbehörde hat daher beantragt, zu bestimmen, daß mit Wirkung vom 1. September 1922 ab die Verkaufspreise jeweils zu Beginn eines Monats entsprechend den Kohlenkaufen festzusetzen und zu veröffentlichen seien und daß die Berechnung der abgenommenen Gas-, Elektrizitäts- und Wassermengen dann jeweils zu dem Mittel der letzten drei Preisveröffentlichungen vorzunehmen sei. Die bisherige Berechnungsweise hat zu dem Mißverhältnis geführt, daß Hamburg und Altona heute 8 Mk. für das Kubikmeter Gas erhalten, während hierfür in Lübeck gegenwärtig nur 5,80 Mk. zu zahlen sind. Welche Bedeutung die beantragte Veränderung der Bestimmungen über die Preisfestlegung für die drei Werke hat, erhellt daraus, daß diese für das laufende Verbrauchsjahr (Juni bis August) eine Mehreinnahme von insgesamt 7,2 Millionen Mk. gehabt hätten, wenn die neuen Bestimmungen schon für dieses Verbrauchsjahr gegolten hätten. Der Gedanke, ob nicht zweckmäßigerweise die Rechnungen über Gas, Elektrizität und Wasser künftig monatlich auszustellen seien, kehrt an der dann notwendigen

Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Kehler.

21. Fortsetzung.

Wie wenn er nun drin wäre, würde es einen Augenblick still, wenn Wendelgard maßnahm, nach der Gelegenheit und Größe der Herrschaft Greifensee zu fragen, da sie im Geheimen gern das Maß ihres Glückes gemessen hätte, welches als Landvogtin ihr geworden wäre. Die anderen Frauen wunderten sich, wie eine Bürgerin dergleichen nicht wisse; Dankob jedoch erzählte ihr, daß die Beste, Stadt und Burg Greifensee mit Land und Leuten im Jahre 1402 vom letzten Grafen von Toggenburg den Zürichern für sechsundert Gulden veräußert und nicht mehr eingetriben worden sei, und daß diese Herrschaft zu den kleineren gehörte und nur einundzwanzig Dörfer umfaßte. Uebrigens sei das jetzige Schloß und Städtchen nicht mehr das ursprüngliche, welches bekanntlich im Jahre 1444 von dem Eidgenossen, die alle gegen Zürich im Jahre gelegen, zerstört wurde. Sich die Zeiten jenes langen und bitteren Bürgerkrieges vergegenwärtigend, wendete sich der Landvogt in eine Schilderung des Unterganges der neunundzwanzig Männer, welche die Burg fast während des ganzen Raionats hindurch gegen die Übermacht der Helveten verteidigt hatten; wie durch die schreckliche Gasse des Parteienkampfes, den Besiegten unter der Form des Gerichtes zu verurteilen, und um durch Schwören zu werden, schätzte dieser Männer, nachdem sie sich endlich ergeben, auf dem Plage hingerichtet worden seien, voran der treue Führer Wilhelm von Landenberg, Vornehmlich aber verweilte er bei den Verhandlungen der Kriegsgemeinde, die auf der Matte zu Rämikon über Leben oder Tod der Gezeiten stattfanden. Er schildert die Färsprache geröchter Männer, welche unerschrocken für Gnade und Milde eintraten und auf die schreckliche Plünderung der Gefangenen hinwiesen, sowie die wilden Reden der Raubführer, die jenen mit einschüchternder Verbächtigung entgegenzogen, den Lebenspflichtigen Dialog, der auf diese Weise im Angefichte der Todesopfer gehalten wurde und mit dem harten Bisturcheil über alle endigte. Die geheimnisvolle Grausamkeit, mit welcher ein so großes Mehr bei der Abtötung sich offenbarte, daß gar nicht gezählt wurde, das unmittelbar darauf erfolgende Vertreiben des Schatzkammers, den die Schweizer in ihren Kriegen mitführten, wie jetzt etwa den Arzt oder Feldprediger, das Herbeiführen der am Tode stehenden Greise, Weiber und Kinder, die faure Unheimlichkeit der Mehrheit und ihres Führers Ziel Beding, alles dies stellte sich anschaulich dar. Dann schloß der Senat

mit kaltem Grausen den Gang der Hinrichtung, wie der Hauptmann der Zürcher, um den Schergen mit dem männlichen Beispiel in der Todesnot voranzugehen, zuerst das Haupt hinzulegen verlangte, damit keiner glaube, er hoffe etwa auf eine Sinnesänderung oder ein unvorhergesehenes Ereignis; wie dann der Schatzkammer erst von Haupt zu Haupt, dann bei dem zehnten Mann innehielt und der Gnade gewärtig war, so selbst am dieselbe flehte, allein Preis zur Antwort erhielt: Schweig und richte! bis sechzig Anschuldige in ihrem Blute lagen, die letzter noch bei Fackelschein entkauptet. Nur ein paar unmundige Knaben und gedrohtene Greise entgingen dem Gerichte, allerdings mehr aus Unachtsamkeit oder Mäßigkeit des rührenden Volkes als aus dessen Barmherzigkeit.

Die guten Frauen sausten ordentlich auf, als die Erzählung zu ihrem Troste fertig war; sie hatten zuerst atemlos zugehört; denn der Landvogt hatte so lebendig geschildert, daß man die nächste Nähe dieses und dem Ring der wilden Kriegsmänner im roten Fackelschein fast des Blutes und beherbehaften Lärmes im Schine der Frühlingssonne vor sich zu sehen meinte.

„Das war freilich eine unheimliche Versammlung, eine solche Kriegsgemeinde,“ sagte der Landvogt, „sei es, daß sie den Angriff beschloß oder daß sie ein Blutrache fallte. Aber nun ist es Zeit,“ fuhr er mit veränderter Stimme fort, „daß wir diese Dinge verlassen und uns wieder uns selbst zuwenden! Meine schönen Herzdamen! Ich möchte euch einladen, nunmehr auch eine kleine, aber friedlichere Gemeinde zu konstituieren, eine Beratung abzuhalten und ein Urteil zu fällen über einen Gegenstand, der mich nahe angeht und welchen ich euch folgen lassen werde, wenn ihr mir euer geneigtes Gehör nicht verweigern wollt, das seinen Sitz in sozial zierlicher Ohrmuschel hat! Bereit aber mag das Publikum hinausgehen, da die Verhandlung geheim sein muß!“

Er winkte der Haushälterin und ihrem Adjutanten, und diese entfernten sich, während er die Stimme erhob und, von etwas verlegenem Räuspern unterbrochen, weiter redete, auch die zehn weißen Ohrmuscheln mitschreitend flanden.

„Ich habe auch, Verehrte, heute mit dem Sprichworte: Zeit bringt Koller begrüßt, und schließlich war es wohl angebracht, da sie mir ein magisches Pentagramma von fünf so schönen Hauptern vor das Auge gesendet hat, in welchem die zanderkräftige Linie geheimnisvoll von einem Haupt zum andern zieht, sich kreuzt und auf jedem Punkt zu sich selbst zurückkehrt, alles Umsehl von mir abwendend!“

„Ja, wie gut haben es Zeit und Schicksal mit mir gemeint! Denn hätte mich die erste von euch genommen, so wäre ich nicht mehr da, und die zweite, hätte sie mich genommen, so wäre ich nicht mehr da, und die dritte, hätte sie mich genommen, so wäre ich nicht mehr da, und die vierte, hätte sie mich genommen, so wäre ich nicht mehr da, und die fünfte, hätte sie mich genommen, so wäre ich nicht mehr da.“

so wäre die dritte mit ewig verborgen geblieben, und so weiter, und ich gewisse nicht des Glückes, einen fürstlichen Götter der Erinnerung zu besitzen, von keinem Haupte der rauen Weltlichkeit geteilt; in einem Turme der Freundschaft zu wohnen, dessen Quadern von Hochgecktern aufeinander prächtig worden sind! — Wohl sind es die Rosen der Entfugung, welche die Zeit mir gebracht hat; aber wie herrlich und dauerhaft sind sie! Wie unvermindert an Schönheit und Jugend sehe ich euch vor mir stehen, nachschaffte, keine einzige scheint auch nur um ein Härchen wanken und weichen zu wollen vor den Stürmen des Lebens! Vor allem wollen wir euch herauf anheben! Eure Herzen und eure Wangen sollen lange leben, o Sarkome, o Figuren, Wendelgard, Barbara, Uglaja!“

Sie erhoben sich alle mit geröteten Wangen und lächeltem ihm holdselig zu, als sie ihre Gläser mit ihm antrinken ließen; ihre Figuren mischte ihm ins Ohr: „Wo wollt ihr hinaus, Schatzmann?“

„Nun, Hanswurst!“ sagte der Landvogt, und als sie wieder der Platz genommen hatten, fuhr er fort:

„Aber die Entfugung kann ich nie wenig tun, und wenn sie nicht mehr findet, ihm zu entweichen, so endigt sie damit, sich selbst zu entziehen. Dies scheint ein schlechtes Geschäft zu sein, allem es bezeichnet nichts desto weniger die bedenkliche Lage, in welche ich mich durch die Verhältnisse gebracht sehe. Die Bekleidung oberer Staatsämter, die Führung eines großen Haushaltes lassen es nicht mehr zu, daß ich ohne Schaden unbewußt fortlebe; man dringt in mich, diesen unverehelichten Stand aufzugeben, um an der Spitze einer Herrschaft, als Richter und Verwaltungsmann selbst das Beispiel eines wirklichen Hausvaters zu sein, und was es alles für Nebenarten sind, mit welchen man mich bedrängt und ängstigt. Kurz es bleibt mir nichts anderes übrig, als meinen stillen Entschluß festzusetzen zu entziehen und der Not zu weichen. Werf ich nun meine Blicke aus, so kann natürlich nicht mehr von Liebe und Neigung die Rede sein, die von dem Pentagramma gebannt sind, sondern es ist das kalte Licht der Notwendigkeit und gemeiner Nützlichkeit, das meinem Entschlusse keinen Raum läßt. Zwei andere Geschöpfe sind es, zwischen denen das Jüngste der Wahl inne steht, und die Entscheidung habe ich euch zu gebührt, geliebte Fremde!“ Ein weitläufiger Berater und geistlicher Herr hat mir gesagt, ich solle entweder eine ganz erfahrene Witte oder aber eine ganz Junge nehmen, nur nicht, was in der Mitte liegt. Beide sind nun gefunden, und welche ich mir zu raten beschließt, die soll es unumwiderrlich sein! Die Witte, es ist meine brave Haushälterin, Frau Marianne, welche meinem Haushalt bis anher trefflich vorgestanden hat; etwas saubere und nüchtern ist sie, aber brav und tugendhaft; und doch

